

Zürich und Wädenswil, 3. Oktober 2005

KR-Nr. 273/2005

**POSTULAT** von Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich), Lucius Dürri (CVP, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Gleichstellungskonzept für die Verwaltung und Betriebe des Kantons Zürich

---

Der Regierungsrat wird gebeten, alle fünf Jahr, erstmals im Jahre 2008, einen Bericht über die Verwirklichung der Verfassungsvorgabe Gleichstellung von Mann und Frau bei den kantonalen Angestellten zu präsentieren. Der Bericht soll ferner Mehrjahresvergleiche präsentieren, Gleichstellungsziele aufzeigen und Massnahmen für die Zielerreichung festlegen. Ab dem zweiten Bericht soll zudem die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen überprüft werden.

Heidi Bucher-Steinegger  
Lucius Dürri  
Julia Gerber Rüegg

273/2005

Begründung:

Der Kanton Zürich als grosser Arbeitgeber ist durch die Bundesverfassung und seine eigene Verfassung (Art 11) verpflichtet, die Gleichstellung von Mann und Frau zu realisieren. Die Realität zeigt aber, dass dieses noch lange nicht verwirklicht wurde, wie beispielsweise die Beförderungspraxis bei der ZKB zeigt. So sind auf den Beförderungstermin 1. Juli 2005 38 Personen in die Generaldirektion und Direktion befördert worden. Davon waren zwei Frauen.

Befördert werden vorwiegend Männer; Kaderpositionen sind öfter von Männern als von Frauen besetzt. Die Anfrage KR-Nr. 136/2005 von Julia Gerber Rüegg und Gabriela Winkler vom 2. Mai 2005 und die Antwort des Regierungsrats vom 17. August 2005 belegen diesen Sachverhalt eindrücklich. Es fehlen aber nach wie vor detaillierte und fundierte Zahlen, die Aufschluss über die genaue Entwicklung geben und auf dieser Basis Ziele, Massnahmen und Evaluationen ermöglichen würden. Der geforderte Bericht leistet hier einen wesentlichen Beitrag zur Objektivierung.

Die bisher publizierten Zahlen belegen, dass Männer in kantonalen Organisationen bevorzugt sind. Es drängen sich wirkungsvolle und zielgerichtete Massnahmen auf, die helfen, das Postulat der Gleichstellung zu realisieren. Der gewünschte Bericht fordert die entsprechende Konzeption.